

Sachdokumentation:

Signatur: DS 352

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/352



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Mediencommuniqué

Bern, 5. Oktober 2016

Ja zum geordneten Atomausstieg

Geordneter Atomausstieg schafft Sicherheit für alle

Die Allianz «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» hat heute in Bern ihre Argumente für ein Ja zur gleichnamigen Initiative am 27. November 2016 dargelegt. Die Allianz ist breit abgestützt: Mehr als vierzig Organisationen, Parteien, Unternehmen, Umweltverbände und atomkritische Gruppierungen unterstützen die Initiative - ebenso zahlreiche Einzelpersonen verschiedenster politischer Couleur und Berufsgattungen.

Die Initiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» schliesst die Lücke, welche die Energiestrategie 2050 offen lässt und bringt damit die Energiewende erst richtig voran. Sie fordert neben dem Betriebsverbot für neue AKW insbesondere maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende AKW. Wenn es die Sicherheit verlangt, müssen AKW auch schon früher abgeschaltet werden.

Für Sicherheit und Schutz der Heimat

Schwere Atomunfälle geschehen leider immer wieder. Dieses Risiko einzugehen, ist unnötig. Die Folgen eines Unfalls hierzulande wären nicht auszudenken: Die Region um die fünf Schweizer AKW ist dicht besiedelt. Im Umkreis von 50 km liegen 13 Kantonshauptstädte. Bei einem schweren Nuklearunfall müssten bis zu 1 Mio. Menschen evakuiert und umgesiedelt werden, grosse Teile des Landes würden radioaktiv verseucht. Doch ausgerechnet die Schweiz leistet sich drei der ältesten und damit zunehmend störungsanfälligen AKW der Welt: Während weltweit AKW durchschnittlich 29 Jahre in Betrieb sind, steht in der Schweiz mit Beznau I der älteste Atomreaktor überhaupt. Dieser ist bereits 47jährig, steht seit 18 Monaten aufgrund von Sicherheitsbedenken still und soll doch wieder ans Netz und insgesamt 60 Jahre laufen.

Schrittweiser Atomausstieg bis 2029 schafft Klarheit

Der Atomausstieg ist im Grundsatz unbestritten – jedoch fehlt momentan ein verlässlicher Plan. Laufen lassen so lange es geht, wie es das Parlament vorschlägt, ist fahrlässig und planlos. Die Volksinitiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» stellt darum sicher, dass die fünf AKW bis 2029 geordnet und schrittweise vom Netz gehen. Die öffentliche Hand, aber auch

Private und Unternehmen, erhalten dadurch Investitionssicherheit für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Zudem fällt so nicht noch mehr hochradioaktiver Atommüll an.

Versorgungssicherheit ist garantiert

Die Schweiz ist voller Energie. Mit Strom aus Wasser, Sonne, Wind und Biomasse können wir den Atomstrom ersetzen – einheimisch, erneuerbar, naturverträglich und effizient. Dieser Bereich der Energieproduktion liefert bereits heute rund zwei Drittel des gesamten Strombedarfs. Die Wasserkraft wird durch den geordneten Atomausstieg langfristig gestärkt, ebenso die Versorgungssicherheit. Viele Unternehmen aus Industrie und Gewerbe, darunter unzählige KMU, arbeiten bereits an dieser Energiezukunft. Sie schaffen Arbeitsplätze und Einkommen in allen Landesregionen. Darauf lässt sich bauen. AKW sind hingegen ein Risiko für die Versorgungssicherheit. Der Vorteil der Erneuerbaren liegt in ihrer dezentralen Struktur.

AKW sind unrentabel und teuer

Der Atomstrom ist ein Verlustgeschäft und bereits heute teurer als Strom aus Wasserkraft. Die Kosten für die Entsorgung des Atommülls, die eigentlich dem Atomstrom aufgebürdet werden müssten, werden von den Betreibern viel zu tief veranschlagt. Ausserdem sinken die Produktionskosten für erneuerbare Energien seit Jahren kontinuierlich. Die Atomkraft hingegen kämpft mit steigenden Gestehungskosten. Das zeigt die Preisentwicklung der letzten Jahre deutlich.

Die Initiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» wurde am 19. Mai 2011 lanciert. Am 16. November 2012 wurden 125'000 Unterschriften (über 108'000 beglaubigte) bei der Bundeskanzlei eingereicht. Der Bundesrat hat im Juli dieses Jahres beschlossen, die Vorlage am 27. November 2016 Volk und Ständen zu unterbreiten.

Mediendossier unter www.geordneter-atomausstieg-ja.ch/de/medien.html

Für Fragen stehen zur Verfügung

Regula Rytz, Co-Präsidentin Allianz für den geordneten Atomausstieg, Nationalrätin,
Präsidentin Grüne Schweiz, 079 353 86 38

Jean-Michel Bonvin, Direktor eines Unternehmens der Erneuerbaren-Branche, 079 628 60 79

Corrado Pardini, Sektorleiter «Industrie» Gewerkschaft Unia, Nationalrat SP/BE, 079 375 60 94

Xavier Challandes, Präsident des Grossen Rats Neuenburg/SVP, Weinbauer, 079 695 47 69

Kaspar Müller, unabhängiger Finanzexperte, 076 393 42 08

Kaspar Schuler, Geschäftsleiter Allianz Atomausstieg, 079 702 86 52

Andreas Käsermann, Allianz für den geordneten Atomausstieg,
Kommunikation & Medien, 079 434 07 34

Allianz für den geordneten Atomausstieg

Kommunikation & Medien

Postfach | 3001 Bern

media@geordneter-atomausstieg-ja.ch

www.geordneter-atomausstieg-ja.ch



Zitate

Bern, 5. Oktober 2016

«Im Durchschnitt werden Atomkraftwerke weltweit nach rund 29 Betriebsjahren stillgelegt. Nicht so in der Schweiz. Hier gibt es erst für das AKW Mühleberg - aktuell 44 Jahre alt - einen Ausstiegsentscheid. Das AKW Beznau I dagegen soll nach einer Phase voller Sicherheitsfragen und nach nun 18monatiger andauerndem Ausfall nach über 47 Betriebsjahren erneut ans Netz und unbefristet weiterlaufen. Nur die Initiative für den geordneten Ausstieg kann dieses riskante Experiment mit Leib und Leben der Anwohner noch stoppen.»

*Regula Rytz, Co-Präsidentin Allianz «für den geordneten Atomausstieg»,
Präsidentin Grüne Schweiz, Nationalrätin Grüne/BE*

«Die Energiewende ist nicht nur kostengünstig, sie ist auch eine grosse Chance. Auch in Bezug auf die Wertschöpfung. Unser Land hat grosses Interesse daran, in Zukunft die verlorene Führungsrolle wieder einzunehmen, welche der Schweiz nach dem Bau der grossen Staudämme zukam. Es gilt, Know-how in der Produktion zu entwickeln, und vor allem auch bei der Energieeffizienz und im Cleantech-Bereich.»

*Jean-Michel Bonvin, Direktor eines Unternehmens
der Erneuerbaren-Branche*

«Die Angstmacher, die sich als Wirtschaftsvertreter ausgeben, haben den Bodenkontakt verloren und vertreten die vermeintlichen Interessen der AKW-Betreiber statt die der Schweizer Volkswirtschaft. Die Bevölkerung kann hier mehr Weit- und Übersicht zeigen, indem sie die Atomausstiegsinitiative annimmt. Statt auf die Angstkampagne hereinzufallen sollten wir die Chancen sehen!»

*Corrado Pardini, Sektionsleiter «Industrie» Unia,
Nationalrat SP/BE*

«Die Energieproduktion hatte immer einen Einfluss auf die Umwelt und wird es auch in Zukunft haben. Es gibt jedoch neben den offensichtlichen Auswirkungen eines schweren Unfalls einen anderen wesentlichen Aspekt im Alltag: die AKW als architektonische Schandflecken nämlich. Diese vertreiben Touristen und schaden so zusätzlich der Reputation einer ganzen Gegend.»

*Xavier Challandes, Grossratspräsident des Kantons Neuenburg,
Abgeordneter SVP*

«Heute ist auch den Energiekonzernen klar, dass die Kernenergie ein enormes finanzielles Problem darstellt und die Bilanzen der Unternehmen nicht solide genug sind, um dieses Problem zu meistern. Täglich wird um Liquidität und neues Kapital gerungen. Neues Kapital müssten die Aktionäre, also die Kantone, zur Verfügung stellen.»

*Kaspar Müller,
unabhängiger Finanzmarktexperte*

Allianz für den geordneten Atomausstieg

Kommunikation & Medien

Postfach | 3001 Bern

media@geordneter-atomausstieg-ja.ch

www.geordneter-atomausstieg-ja.ch



Der geordnete Atomausstieg ist die beste Energiesstrategie

Referat von Regula Rytz, Co-Präsidentin Allianz «für den geordneten Atomausstieg», Präsidentin
Grüne Schweiz, Nationalrätin Grüne/BE

Es gilt das gesprochene Wort.

Das Parlament hat letzte Woche die Energiesstrategie 2050 verabschiedet. Sie wird über alle Parteigrenzen hinaus unterstützt und bringt einen Schub für die Solar- und Windenergie und die Energie-Effizienz. Der wichtigste Punkt bleibt indes ungelöst: Es fehlt ein Plan für den geordneten Umstieg auf diese neue und einheimische Energiewelt, es gibt keinen Plan für den Ausstieg aus der Atomenergie. Zwar wurde nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima ein Neubauverbot für AKW beschlossen. Doch die geordnete Stilllegung der bestehenden Anlagen ist ins Stocken geraten. Das ist brandgefährlich, denn in der Schweiz stehen die ältesten Atomkraftwerke der Welt.

Die Alterung führt bei den AKW immer wieder zu Betriebsausfällen. Zentrale Elemente – etwa die Reaktordruckbehälter – können jedoch nicht ersetzt werden und sind extremen Belastungen ausgesetzt. Im Durchschnitt werden Atomkraftwerke deshalb weltweit nach rund 26 Betriebsjahren stillgelegt. Nicht so in der Schweiz. Hier gibt es erst für das AKW Mühleberg – aktuell 44 Jahre alt – einen Ausstiegsentscheid. Das AKW Beznau I dagegen soll nach einer Phase voller Sicherheitsfragen und nach nun 18monatiger andauerndem Ausfall nach über 47 Betriebsjahren erneut ans Netz und unbefristet weiterlaufen. Nur die Initiative für den geordneten Ausstieg kann dieses riskante Experiment mit Leib und Leben der Anwohner noch stoppen. Das Volksbegehren legt eine maximale Laufzeit von 45 Jahren fest.

Die Kernschmelze in Fukushima hat gezeigt, dass eine schwere Atomkatastrophe – wie sie bislang nur aus Tschernobyl bekannt war – überall eintreten kann, auch in hoch industrialisierten Ländern wie Japan. Also auch bei uns. Die japanische Tragödie hat deshalb die Einstellung vieler Menschen zur Atomenergie verändert – auch in der Schweiz. Gemäss Umfragen ist der Ausstieg bei einem grossen Teil der Bevölkerung unbestritten. Die offene Frage ist nur: bis wann. Genau darauf gibt die Initiative Antwort.

Sicherheit geht vor

Die Initiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» will das Risiko eines schweren Nuklearunfalls hierzulande mit einem vernünftigen, schrittweisen Plan ein für alle Mal beseitigen. Nach 45 Jahren Betriebszeit soll Schluss sein; auch früher, wenn es die Sicherheit verlangt. Die drei überalterten Reaktoren in Beznau und Mühleberg gehen gemäss Initiativtext 2017 vom Netz. Die beiden AKW in Gösgen und Leibstadt werden nach maximal 45 Betriebsjahren, spätestens also 2024 bzw. 2029 abgeschaltet. Früher auch, wenn ein AKW-Betreiber es aus eigenem Entschluss will.

Die Initiative setzt folglich einen vorzüglichen Rahmen, mit den nötigen sicherheitstechnischen und betriebswirtschaftlichen Freiräumen.

Und die Initiative ist durchaus realistisch. Es bleibt genügend Zeit – 13 Jahre – um die Stromproduktion der AKW mit erneuerbarem Strom zu ersetzen und die Energieeffizienz zu verbessern. Dank der Initiative

entsteht so für die Schweizer Energiewende die nötige Planungs- und Investitionssicherheit: für die Kantone und Gemeinden ebenso wie auch für die Elektrizitätswerke. Das macht die Vorlage mehrheitsfähig.

Eine zentrale Ergänzung zur Energiestrategie

Die Energiestrategie 2050 ist ein guter Plan. Er weist der Schweiz den richtigen Weg in die Energiezukunft. Bis ins Jahr 2050 soll unsere Energieversorgung zum grossen Teil auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien basieren. Damit dies passiert, muss der alte nukleare Kraftwerkspark vom Netz genommen werden; schrittweise und gut vorbereitet – und genau nicht so wie es zurzeit beim AKW Beznau geschieht: plötzlich und auf unbestimmte Zeit.

Das Parlament hat es leider verpasst, diesen zentralen Teil der neuen Energiestrategie verbindlich zu regeln. Einzig ein Neubauverbot wurde im Gesetz festgeschrieben. Es fehlen aber die Regelungen zur schrittweisen Ausserbetriebnahme der bestehenden alten AKW. Das hat sogar die Atomaufsichtsbehörde ENSI bemängelt – und ist dennoch mit ihrem Minimalvorschlag gescheitert. Das ist sehr beunruhigend: Das Parlament beruft sich bei jeder atomkritischen Bemerkung auf diese Behörde – und desavouiert sie exakt dann, wenn diese nach mehr gesetzlicher Handhabe zum Erhalt der Sicherheit der Bevölkerung ruft.

Das steigert die Risiken; denn: je älter ein AKW ist, desto riskanter dessen Betrieb, da die Schadensanfälligkeit in der letzten Lebensphase überproportional zunimmt. Die Initiative schliesst diese für das Gelingen der Energiewende so zentrale Lücke der Gesetzgebung auf Verfassungsstufe. Maximale Laufzeiten reduzieren zudem das Klumpenrisiko von langen, teuren Ausfällen wie aktuell jenem von Beznau I, dessen Wiederinbetriebnahme sich seit Frühjahr 2015 verzögert. Solche Ausfälle werden sich mit zunehmendem Alter der AKW häufen. Die Schweiz gerät in einen stromwirtschaftlichen Blindflug. Er widerspricht der auf Sicherheit und Vorsicht bauenden Mentalität unseres Landes. Mit dem geordneten Atomausstieg setzen wir Versorgungssicherheit und Weitsicht wieder an die erste Stelle. Und wir stärken die Binnenwirtschaft.

Breite Allianz

Die Unterstützung der Initiative für den geordneten Atomausstieg ist in den letzten Monaten stark gewachsen. Neben den Engagierten der ersten Stunde – etwa Grüne, SP, Greenpeace, WWF und vielen weiteren – kommen laufend Unterstützungsbescheide hinzu. Dieser Tage etwa seitens Bio Suisse, der GLP oder der EVP. Hinzu kommen kirchliche, friedenspolitische und medizinische Kreise, Architektinnen und Architekten, Bauernfamilien, Unternehmer, Kulturschaffende und viele mehr. Dies sind alles Menschen, die die Risiken der Atomtechnik genauso wie die Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts erkannt haben. Wir sind also beileibe nicht alleine: Über 40 Organisationen wollen gemeinsam ein Ja erreichen. Ein Ja zum geordneten Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029.

Allianz für den geordneten Atomausstieg

Kommunikation & Medien

Postfach | 3001 Bern

media@geordneter-atomausstieg-ja.ch

www.geordneter-atomausstieg-ja.ch

Sortir du nucléaire, une opportunité pour le monde électrique en général et pour nos barrages en particulier

Discours de Jean-Michel Bonvin, directeur d'une société active dans le domaine de la transition énergétique

Seules les paroles prononcées font foi.

La Suisse, comme ses voisins en Europe, est particulièrement gourmande en énergie, électrique en particulier et les ressources nécessaires à la production non renouvelable ne sont généralement pas indigènes.

La force de la Suisse consiste en une production hydraulique, renouvelable et indigène de haute qualité. En effet, la moitié de cette production est accumulée et donc parfaitement complémentaire avec la production stochastique de l'éolien et du photovoltaïque. Le remplacement d'une production de ruban nucléaire par une production renouvelable plus aléatoire revaloriserait sensiblement la valeur de l'énergie stockée derrière nos barrages ainsi que la production des aménagements de pompage turbinage.

La Suisse a produit en 2015 un peu plus de 20 TWh d'électricité thermique nucléaire. Est-il possible, sans dépendre de nos voisins, de nous passer en un peu plus d'une décennie de cette production à hauts risques et sans avenir ?

La réponse est clairement oui, l'exemple de certains pays le démontre. En 2015, l'Allemagne a produit plus de 126 TWh en exploitant le vent, le soleil et la biomasse. Un effort du même ordre de grandeur mais ramené aux dimensions de la Suisse pourrait amener 15 TWh/ an. Un argument récurrent contre le développement des nouvelles énergies renouvelables est celui de la compétitivité de la place industrielle suisse. En Europe l'Allemagne a produit l'effort le plus conséquent tout en préservant la compétitivité de son économie. L'exemple du Danemark va dans le même sens, puisqu'un pays plus petit que la Suisse produit déjà en 2015 près de 13 TWh issu des NER, soit les 2/3 de la production nucléaire suisse.

Si nous parlons des coûts réels de la production d'électricité, il est indispensable de cumuler aux coûts effectifs de production les externalités prises en charge par la société mais qui n'apparaissent pas dans la facture d'électricité : par exemple les conséquences de l'augmentation des températures dans le cas de la production thermique classique ou le risque d'accident, la gestion des déchets et les coûts de démantèlements sous-estimés pour la production d'origine nucléaire. Là les nouvelles énergies renouvelables deviennent tout à fait concurrentielles puisque leurs coûts externes sont extrêmement faibles et généralement neutralisés par les mesures de compensation.

Dès lors, la transition énergétique n'est pas seulement un coût mais également une opportunité formidable en terme de création de valeur. Notre pays aurait tout intérêt à reprendre le leadership énergétique perdu depuis la construction des grands barrages. Il pourrait développer un savoir-faire dans le domaine de la production mais surtout dans celui de l'efficacité énergétique et des cleantechs. Sortir rapidement du

nucléaire, en plus d'annuler le risque inhérent à ce type de technologie, nous mettrait en position de force, en assurant notre indépendance électrique et en nous permettant de vendre notre savoir-faire à ceux qui n'auront pas pris le virage à temps.

Alliance « Sortie programmée du nucléaire »

Communication & Médias

Case postale | 3001 Berne

media@sortie-programmee-nucleaire.ch

www.sortie-programmee-nucleaire.ch



Wer hat Angst vor dem Atomausstieg?

Referat von Corrado Pardini, Sektionsleiter «Industrie» Unia, Nationalrat SP/BE

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Atomausstieg sei wirtschaftlich nicht tragbar, sagen die Gegner der Initiative. Es wird nicht nur mit Blackouts und Kohlestromimporten, sondern auch mit horrenden Kosten gedroht. Das ist Unsinn. Die Energiewende ist DIE wirtschaftliche Chance für die Schweiz.

Chancen statt Risiken zu sehen, entspricht der Tradition unseres innovativen Landes. Ein paar Beispiele:

1. Der Ausbau der Wasserkraft im letzten Jahrhundert. Sie liefert heute umweltfreundlich über die Hälfte des Strombedarfs und schafft ideale Voraussetzungen für die Integration von Solar- und Windkraft.
2. Eine beeindruckende Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr, welche diesen Sommer mit dem NEAT-Tunnel durch den Gotthard um einen bedeutenden Teil erweitert wurde. Und ...
3. – zurück zur Stromversorgung – das dichteste Stromnetz in ganz Europa. 11% des europäischen Stroms fließen durch die Schweiz. Am europäischen Gesamtverbrauch macht der Schweizer Stromverbrauch aber bloss 3% aus.

Diese Innovationstradition soll jetzt scheitern, weil wir mehr Angst haben vor erneuerbaren Energien als vor Atomkraftwerken? Solar- und Windkraft haben sich weltweit bewährt, global wird mehr an Photovoltaik, Windkraft & Co¹. zugebaut als an konventionellen Kraftwerken. Die Preise sind in beeindruckender Weise gefallen – man muss fast sagen, zerfallen. Als 2009 in der Schweiz die kostendeckende Einspeisevergütung KEV eingeführt wurde, wurde eine Kilowattstunde Solarstrom mit über 60 Rappen vergütet. Heute sind wir unter 20 Rappen, also unter dem Preis, den eine Kilowattstunde für einen Haushalt beim Netzbetreiber kostet. Die sogenannte Netzparität ist erreicht, die Tendenz ist weiter sinkend.

Der geordnete Ersatz der AKW ist aber nicht nur machbar oder günstig, sondern bietet der Schweizer Wirtschaft eine grosse Chance. Mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien können in den nächsten 20 Jahren rund 85'000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese entstehen vorwiegend in strukturschwachen und eher ländlich geprägten Kantonen wie Graubünden, Tessin und Wallis. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, muss klar sein, wohin die Reise geht. Die

(1) ¹ http://www.pv-magazine.de/nachrichten/details/beitrag/erneuerbare-berholen-konventionelle-kraftwerke_100019742/

Energiestrategie 2050 macht einen ersten Schritt in diese Richtung und baut die Förderung erneuerbarer Energien aus.

Auslöser für die Energiestrategie war die Reaktorkatastrophe in Fukushima im März 2011. Bundesrat und Parlament haben es aber verpasst, eine Regelung für die bestehenden AKW festzulegen. Die Initiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» schliesst diese Lücke und sorgt für Planbarkeit. Die Energiebranche – darunter verstehe ich mehr als nur die Atom-Dinosaurier – braucht diese Planungs- und Investitionssicherheit.

Der geordnete Atomausstieg ist eine grosse Chance für die Schweizer Wirtschaft, für KMU, die Solar- und Windkraftwerke bauen, für den Forschungsstandort und für High-Tech-Firmen, welche die Technologien weiterentwickeln. Weltweit gibt es einen grossen Innovationsschub im Cleantech-Bereich. Die Schweiz muss hier dabei sein und darf den Anschluss nicht verpassen.

Jürg Rohrer von der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW schreibt in einem Fachartikel (Energie & Umwelt September 2016²) folgendes: «je rascher der Umbau des Energiesystems in der Schweiz angepackt wird, desto grösser sind die Chancen, dass Know-how und Technologien aus der Schweiz ins Ausland exportiert werden können.»

Diese Chance gilt es zu packen. Die Angstmacher, die sich als Wirtschaftsvertreter ausgeben, haben den Bodenkontakt verloren und vertreten die vermeintlichen Interessen der AKW-Betreiber statt die der Schweizer Volkswirtschaft. Die Bevölkerung kann hier mehr Weit- und Übersicht zeigen, indem sie die Atomausstiegsinitiative annimmt. Statt auf die Angstkampagne hereinzufallen sollten wir die Chancen sehen!

Allianz für den geordneten Atomausstieg

Kommunikation & Medien

Postfach | 3001 Bern

media@geordneter-atomausstieg-ja.ch

www.geordneter-atomausstieg-ja.ch

(1) ² <http://www.energiestiftung.ch/publikation-e-und-u/energie-und-umwelt-3-2016-atomausstiegsinitiative.html>



Les centrales nucléaires suisses menacent son territoire et sa population

Discours de Xavier Challandes, Président du Grand Conseil neuchâtelois, Député UDC

Seules les paroles prononcées font foi.

Le parc de centrales nucléaires suisses, un des plus vieux du monde nous menace. Et oui ! De plus en plus chaque jour, il est donc important d'agir et rapidement. En cas d'accident, même mineur, il ne resterait plus beaucoup d'espace « non contaminé » pour y vivre et nous développer.

Impacts sur la santé

- Il n'existe pas beaucoup, si ce n'est aucun traitement contre les radiations, bien que la Confédération ait développé, dans son action de propagande, la distribution de remèdes miracles ; les fameuses pastilles d'iode qui ont un effet bien plus psychologique qu'un réel impact sanitaire en cas d'accident.

Il se pose encore la question de l'alarme et de l'évacuation car, bien que des plans existent, ils n'ont jamais été testés à l'échelle 1/1. On se rappellera aussi du manque d'informations données par le gouvernement soviétique lors de la catastrophe de 1986 à Tchernobyl, qui a conduit à l'aggravation du bilan sanitaire humain. De plus, beaucoup d'autres critères qui posent problème au niveau sanitaire sont liés à l'environnement en particulier à la consommation d'aliments contaminés.

Les impacts sur notre santé sont de nature diverses : comme augmentation des cancers surtout de la thyroïde, des leucémies et de malformations.

Impacts sur l'environnement

- La Suisse compte une diversité d'espèces animales et végétales très impressionnante. Il est bien clair que l'atome menace directement une pareille diversité. Contrairement à certains autres produits dangereux et toxiques comme le pétrole par exemple, les retombées radioactives, tel que le césium 137, affectent durablement les sols. On parle ici de plusieurs centaines d'années avant de voir ces résidus devenir inoffensifs. On les retrouve en plus sur l'ensemble des végétaux et animaux (êtres humains y compris, comme nous les consommons) En plus, l'exploitation des centrales en elle mêmes, créent encore plus de lieux de contaminations potentielles. En effet, même si la plupart des déchets sont stables, le risque zéro n'existe pas. Les cours d'eau payent là aussi un lourd tribut car beaucoup de centrales fonctionnent avec de l'eau ce qui peut péjorer la qualité des dits cours d'eau.
- Même si la production d'énergie en général a et aura toujours un impact sur l'environnement, nous pouvons aussi citer, en plus des retombées toxiques, un autres exemple très évoquant, la laideur architecturale des centrales nucléaires. De quoi faire fuir les touristes et ternir la réputation des

lieux. J'en veux pour exemple de connaître, en tant que viticulteur, le cas du Tricastin. Des coteaux magnifiques et un terroir d'exception pour les cépages des côtes du Rhône, à l'exception prêt qu'un site nucléaire se tient à côté et terni justement l'image de ce lieu magnifique.

- Le nucléaire a tous les défauts au niveau environnemental alors que certaines autres source d'énergie en ont moins comme le photovoltaïque ou même l'éolien. Deux énergies renouvelables disponibles à l'infini et exempt d'impacts sur notre santé.

Avec ces quelques lignes, je vous dresse un bilan loin d'être exhaustif sur les effets des centrales nucléaires sur notre santé et sur l'environnement.

Alliance « Sortie programmée du nucléaire »

Communication & Médias

Case postale | 3001 Berne

media@sortie-programmee-nucleaire.ch

www.sortie-programmee-nucleaire.ch



Finanzielle Schieflage: Abschalten spart Geld

Referat von Kaspar Müller, unabhängiger Finanzmarktexperte

Es gilt das gesprochene Wort.

Kernenergie war immer und unbestritten teuer

Schon 1984 an der Eröffnungsveranstaltung des KKW Leibstadt (KKL) erwähnte ein Direktor der Elektrizitäts-Gesellschaft-Laufenburg (EGL), dass die Gestehungskosten mit 11 Rp. pro kWh unbestritten hoch seien. Die Baukosten überstiegen schon damals mit 5.1 Mrd. Franken die geplanten 1.8 Mrd. Franken. Als Amortisationsdauer wurden 30 Jahre eingesetzt und die technische Lebensdauer wurde mit 40 Jahren angegeben.

Beunruhigt schienen die Führungsriege der EGL und der KKL nicht, da man eine Mischrechnung machen könne. Gemeint waren wohl Quersubventionen aus Wasserkraftwerken. Ein kritisches Hinterfragen hätte mehr Sinn ergeben. Das finanzielle Desaster zeichnete sich nämlich bald ab. 1997 rechneten die Investmentbanker der Credit Suisse First Boston (CSFB) vor, dass die schweizerischen Kernkraftwerke bereits 5.3 Mrd. Franken in den Sand gesetzt hatten.

1999 verkauften die Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR) ihre 5%-Beteiligung am KKL. Ein übles Erwachen: Ihr Aktivum entpuppte sich als Minus-Wert: Der Verkauf brachte nichts ein, sondern er kostete 120 Mio. DM. Warum? Weil der Käufer die zukünftigen Verluste übernahm und dafür entschädigt werden wollte. Das notabene zu einer Zeit vor der Marktöffnung, als in einem Monopolumfeld die Betreiber noch alle Kosten nach freiem Ermessen auf die Kunden abwälzen konnten.

Strategische Fehlbeurteilung

Die Betreiber liessen sich immer noch nicht aus der Ruhe bringen. Die Mär vom billigen Atomstrom wurde noch eindringlicher erzählt. Unbeirrt hielten die Manager an ihren strategischen Grundannahmen fest: Es wird eine Stromlücke geben, die Strompreise werden steigen und die mögliche Bedeutung erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne wurde ignoriert. Es ist anders gekommen: Energieschwemme, Strompreise im Keller und Wind und Sonne boomen. Wer über Jahrzehnte mit seinen strategischen Kernannahmen derart falsch liegt, der schlittert, früher oder später, in eine finanzielle Schieflage.

Heute ist auch den Energiekonzernen klar, dass die Kernenergie ein enormes finanzielles Problem darstellt und die Bilanzen der Unternehmen nicht solide genug sind, um dieses Problem zu meistern. Täglich wird um Liquidität und neues Kapital gerungen.

Neues Kapital müssten die Aktionäre, also die Kantone, zur Verfügung stellen. Eine unmittelbare finanzielle Sanierung ist dringend notwendig, aber politisch kaum durchsetzbar. Auch das ein Grund, weshalb ein geordneter Ausstieg aus der Kernenergie die richtige Option ist.

Missachtung des Vorsichtsprinzips

Ursache dieser desolaten finanziellen Lage ist nicht nur die strategische Fehlbeurteilung, sondern auch das Missachten des in finanziellen Angelegenheiten zentralen Vorsichtsprinzips. Die Kernkraftwerke wurden nicht mit genügend Eigenkapital finanziert und die Einzahlungen in die Stilllegungs- und den Entsorgungsfonds wurden auf die lange Bank geschoben. Es wäre zu erwarten gewesen, dass die finanziellen Lasten, insbesondere für Stilllegung und Entsorgung, nach 30, spätestens aber 40 Jahren abgesichert wären. Beznau I ging beispielsweise 1969 ans Netz, die ersten Zahlungen in den Stilllegungsfonds erfolgten aber erst 1985, in den Entsorgungsfonds sogar erst im Jahre 2001, also 32 Jahre später. Das bei einer ursprünglichen Annahme von 30 Jahren Laufzeit. Das ist eine krasse Missachtung des Vorsichtsprinzips.

Zur Verletzung des Vorsichtsprinzips gehören auch die mangelnde Transparenz und die Accounting-Politik. Um die Gestehungskosten tief zu rechnen, wurden alle denkbaren rechnungslegungstechnischen Möglichkeiten ausgeschöpft¹.

Kernenergie ist unbestritten eine finanzielle Verlustquelle

Heute geben auch die Betreiber der Kernkraftwerke zu, dass Kernenergie nur ein Verlustgeschäft und keine baldige Besserung absehbar ist. Aus betriebs- und finanzwirtschaftlicher Optik wäre die Konklusion wiederum: Abschalten, resp. geordneter Ausstieg aus der Kernenergie.

Offenbar haben sich die Verantwortungsträger beim KKW Mühleberg solche Überlegungen gemacht und nehmen deshalb das KKM 2019 vom Netz. Der finanzielle Basismechanismus ist für das KKM derselbe wie für die anderen KKW.

Aber die Betreiber der anderen Kernkraftwerke kommen zu einer anderen Konklusion. Die neue Strategie heisst: unbefristete Laufzeiten, und das ohne die vom Ensi geforderten Langzeitbetriebskonzepte für mehr als vierzigjährige Kernkraftwerke, die das Parlament in der Folge der Sicherheitsbehörde auch verweigert hat.

Gleichzeitig wird selbst auf die Sicherheitsbehörde Druck ausgeübt: Besorgniserregend, wie der Direktor des Ensi, Herr Wanner in der NZZ vom 22. März 2016 zitiert wird: «... Mittlerweile sind aber aufgrund der tiefen Strompreise «KKW nicht mehr rentabel». Man müsse deshalb kein Prophet sein, um das Risiko zu erkennen, dass nur so viel investiert werde wie nötig. Und Herr Wanner erkennt bereits erste Anzeichen für Druckversuche aufs Ensi. ...» Druckversuche auf die Nuklearsicherheitsbehörde Ensi, ausgesprochen durch das Ensi, das beunruhigt. Ist das Ensi stark und vertrauenswürdig genug, um Druckversuchen bezüglich Sicherheits- und Investitionsanforderungen standzuhalten? Kernkraftwerke benötigen laufend technische Nachrüstungen. Das ist teuer und verlangt Disziplin. Wie aber wollen oder können «unrentable» Kernkraftwerke ihre notwendigen Nachrüstungen finanzieren?

Ein weiterer Baustein der Strategie ist die Androhung von Schadenersatzforderungen, sollte die Eidgenössische Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» angenommen werden².

¹ Dabei wurden auch Verletzungen des OR in Kauf genommen und von den Revisoren gutgeheissen.

² Atomausstieg: Das vorzeitige Ende kann teuer werden in NZZ vom 22. Juli 2016.

Wie der Schaden zu begründen wäre, bleibt schleierhaft. Allein schon die Gestehungskosten pro kWh für das KKW Beznau sind auf 8.5 Rp. pro kWh angestiegen^{3,4}. Pro produzierte kWh werden also mehr als fünf Rappen Verlust mitproduziert. Bis zum Ende der Laufzeit werden weitere substantielle Verluste in Milliardenhöhe hinzukommen⁵.

Im Rettungsring Deckungsbeitrag hat es keine Luft

Die Betreiber rechtfertigen das Weiterwirtschaften trotz substantieller Verluste mit dem Deckungsbeitrag. Aufgrund der mangelnden Transparenz bezüglich der Kosten der Kernenergie, der Bezugsrechtsverträge mit ausländischen Atomstromlieferanten und anderer relevanter Verträge ist nicht nachvollziehbar, ob überhaupt ein Deckungsbeitrag erwirtschaftet wird. Bei Axpo fehlt zum Beispiel eine Segmentberichterstattung, welche über die Wirtschaftlichkeit der Kernkraftwerke Auskunft geben könnte.

Am freien Markt kann man heute, und noch für einige Jahre, den produzierten Strom zu rund 3 Rp. pro kWh verkaufen. Aus den Informationen der Betreiber geht hervor, dass diese mit variablen Kosten von 2.5 Rp. pro kWh kalkulieren. Das ist wenig plausibel. Es ist davon auszugehen, dass die Gestehungskosten weiter steigen werden, gar aus dem Ruder zu laufen drohen, wenn unvorhergesehene Ereignisse eintreten. Für das KKW Beznau sind beispielsweise die Nachrüstungsinvestitionen von ursprünglich geplanten 150 Mio. Franken auf über 700 Mio. Franken hochgeschwungen, und ein Ende der Mehrkosten ist noch nicht absehbar.

Es ist mit grosser Sicherheit davon auszugehen, dass heute kein Kernkraftwerk mit einem positiven Deckungsbeitrag arbeiten kann. Die variablen Gestehungskosten betragen mindestens 4 Rp. pro kWh betragen, sind als höher als der Marktpreis⁴. Das kann nicht gut gehen. Das Argument der Verlustminimierung ist gegenstandslos.

Unabhängig von der Frage der Höhe der variablen Gestehungskosten ist die Deckungsbeitragshoffnung ein Ablenkungsmanöver. Das Weiterführen einer verlustbringenden Aktivität lässt sich mit dem Deckungsbeitrag nur dann rechtfertigen, wenn begründete Hoffnung besteht, dass der Verlust dereinst kompensiert werden kann. Wer in einem Jahr einen Verlust einfährt, der muss diesen später irgendeinmal durch einen Gewinn von mindestens entsprechender Höhe kompensieren können. Im Falle der Schweizer Kernkraftwerke wird dies voraussichtlich nie der Fall sein, weil die verbleibende Laufzeit zu kurz ist und weil der Weiterbetrieb weitere teure Nachrüstungen erfordern wird.

Und sollte doch noch einmal ein Marktumfeld eintreten, welches eine Kompensation erlaubt, dann werden die Schweizer Kernkraftwerke aus Altersgründen nicht mehr am Netz sein. Zudem ist offensichtlich, dass bei einem hohen Preisniveau die erneuerbaren Energiequellen sehr rasch sehr grosse Strommengen zu wettbewerbsfähigen Preisen liefern können. Die Kernenergie wird unter diesen Bedingungen keinen Platz mehr haben, ein weiteres Argument für den geordneten Ausstieg aus der Kernenergie.

³ Aus einer Präsentation der Axpo über das finanzielle Risiko für den Kanton Zürich ableitbar.

⁴ Es gibt auch starke Indizien, dass die Gestehungskosten sogar zwischen 10 bis 15 Rp. pro kWh liegen, also dort wo das KKL 1984 startete. Das ergibt sich, wenn man weitere vernachlässigte Kostenelemente mitberücksichtigt, wie Zuschläge für ungedeckte Entsorgungskosten, Kapitalkosten oder aus der Unmöglichkeit, die Anlagen im heutigen Umfeld kostendeckend zu betreiben, was zu kürzeren Abschreibungszyklen führen würde. Gestehungskosten von 15 Rp. pro kWh und mehr entsprechen auch ungefähr den staatlichen Strompreisgarantien für das neue KKW Hinkley Point C in England, welche für mindestens 35 Jahre als indexierte Leistung vom britischen Staat zugesichert sind.

⁵ Rudolf Rechsteiner in: Energie & Umwelt, Magazin der SES – 3/2016. Aus den Informationen der Betreiber geht hervor, dass diese mit variablen Kosten von 2.5 Rp. pro kWh kalkulieren.

Abschalten spart Geld und bringt Planungssicherheit

Betriebs- und finanzwirtschaftlich ist evident: Der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie ist notwendig.

Nicht nur spart man damit viel Geld, auch die Planungssicherheit wird verbessert. Und auch die Wasserkraft würde finanziell spürbar vom Wegfall von Schweizer Atomstrom profitieren.

Verluste sind Kosten, welche für die zukünftige Steuerbelastung relevant sind. Die Energiewende hingegen hin zu erneuerbaren Energien kreiert Investitionen, welche auch Arbeitsplätze schaffen.

Politisch ist der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie deshalb auch zum Schutz der Steuerzahler richtig. Je länger die Kernkraftwerke laufen, desto wahrscheinlicher und umso höher kann die Belastung der Steuerzahler werden.

Aus der Optik der Verantwortung ist der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie heute ebenfalls notwendig. Strategische Fehler sind immer und überall möglich. Wichtig aber ist, dass diejenigen Manager und Politiker, welche dafür die Verantwortung tragen, auch die Verantwortung für Lösungen mittragen. Einen Ausstieg hinauszuzögern, auf Kosten weiter steigender Verluste und damit drohenden Steuerbelastungen, und die Sanierung dann einer späteren Führungsriege und Generation zu überlassen, ist nicht in Ordnung.

Warum nur klammern sich die Kernkraftwerk-Betreiber an ihre Verluste? Mit Wirtschaftlichkeit hat das nichts zu tun.

Allianz für den geordneten Atomausstieg

Kommunikation & Medien

Postfach | 3001 Bern

media@geordneter-atomausstieg-ja.ch

www.geordneter-atomausstieg-ja.ch